



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der
Kinder (Kinderkommission)

Wortprotokoll der 39. Sitzung

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Berlin, den 28. Oktober 2020, 14:30 Uhr

Paul-Löbe-Haus

2.200

Vorsitz: Norbert Müller, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 8**

Verschiedenes

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 8**

Öffentliches Expertengespräch zum Thema
"Frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung -
Kinder und ihre Familien ohne verlässliche
Alltagsstruktur und Unterstützung"



Inhaltsverzeichnis

Anwesenheitslisten	Seite 3
Sprechregister	Seite 7
Wortprotokoll	Seite 8



19. Wahlperiode



festh. öff.
Deutscher Bundestag

Sitzung der Kinderkommission (13. Ausschuss)
Mittwoch, 28. Oktober 2020, 14:30 Uhr

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u> Wiesmann, Bettina Margaretha		<u>CDU/CSU</u> Launert Dr., Silke	_____
<u>SPD</u> Rüthrich, Susann		<u>SPD</u> Bahr, Ulrike	_____
<u>AfD</u> Huber, Johannes	_____	<u>AfD</u> Harder-Kühnel, Mariana Iris	_____
<u>FDP</u> Seestern-Pauly, Matthias		<u>FDP</u> Föst, Daniel	_____
<u>DIE LINKE.</u> Müller (Potsdam), Norbert		<u>DIE LINKE.</u> Werner, Katrin	_____

22. Oktober 2020

Anwesenheitsliste

Referat BL 4 - Zentrale Assistenzdienste, Tagungsbüro
Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32251, Fax: +49 30 227-36339
Es gelten die Datenschutzhinweise unter: <https://www.bundestag.de/datenschutz>.

Seite 1 von 2



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

10.10.20

19. Wahlperiode

Sitzung der Kinderkommission (13. Ausschuss)
Mittwoch, 28. Oktober 2020, 14:30 Uhr

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
BÜ90/GR Schneidewind-Hartnagel, Charlotte		BÜ90/GR Dörner, Katja	

22. Oktober 2020

Anwesenheitsliste

Referat BL 4 - Zentrale Assistenzdienste, Tagungsbüro

Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32251, Fax: +49 30 227-36339

Es gelten die Datenschutzhinweise unter: <https://www.bundestag.de/datenschutz>.

Seite 2 von 2



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

kind. off.

Tagungsbüro

Sitzung des Unterausschusses Kinderkommission (13.
Ausschuss)
Mittwoch, 28. Oktober 2020, 14:30 Uhr

Seite 3

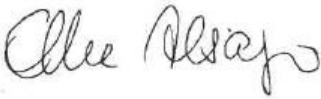
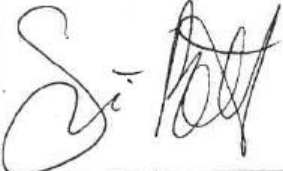

Bundesrat

Land	Name (bitte in Druckschrift)	Unterschrift	Amtsbe- zeichnung
Baden-Württemberg	_____	_____	_____
Bayern	_____	_____	_____
Berlin	_____	_____	_____
Brandenburg	_____	_____	_____
Bremen	_____	_____	_____
Hamburg	_____	_____	_____
Hessen	_____	_____	_____
Mecklenburg-Vor- pommern	<i>Zadler, Gunnar</i>	<i>Zadler</i>	<i>AN</i>
Niedersachsen	_____	_____	_____
Nordrhein-Westfalen	_____	_____	_____
Rheinland-Pfalz	_____	_____	_____
Saarland	_____	_____	_____
Sachsen	_____	_____	_____
Sachsen-Anhalt	_____	_____	_____
Schleswig-Holstein	_____	_____	_____
Thüringen	_____	_____	_____

Stand: 13. September 2018 / BL4, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659
Es gelten die Datenschutzhinweise unter: <https://www.bundestag.de/datenschutz>.



**Anwesenheitsliste der Sachverständigen
für das öffentliche Expertengespräch zum Thema
„Frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung – Kinder und ihre Familien
ohne verlässliche Alltagsstruktur und Unterstützung“
am Mittwoch, dem 28. Oktober 2020, 15.00 Uhr**

Name	Unterschrift
Dr. Elke Alsago (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Bundesverwaltung, Fachstelle Bildung, Erziehung und Betreuung in der Kindheit)	
Ulrike Grosse-Röthig (Bundeselternvertretung BEVKi)	
Heiko Krause (Bundesgeschäftsführer Bundesverband für Kindertagespflege e.V.)	



Sprechregister der Abgeordneten und Sachverständigen

Abgeordnete

Vors. Norbert Müller	8, 11, 13, 16, 17, 19, 22, 24, 26, 27
Abg. Bettina M. Wiesmann	16, 23, 25
Abg. Susann Rüttrich	19
Abg. Johannes Huber	19
Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel	22

Sachverständige

Dr. Elke Alsago	14, 17, 21, 24, 25, 26
Ulrike Grosse-Röthig	9, 21, 24, 26
Heiko Krause	11, 18, 20, 25, 26



Tagesordnungspunkt 1

Verschiedenes

Siehe hierzu das separat gefertigte Kurzprotokoll.

Tagesordnungspunkt 2

Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung – Kinder und ihre Familien ohne verlässliche Alltagsstruktur und Unterstützung“

Vorsitzender: Ich begrüße Sie und Euch zu dieser Anhörung der Kinderkommission im Deutschen Bundestag. Sie wird im Parlamentsfernsehen übertragen, aufgezeichnet und kann am morgigen Donnerstag ab 12.00 Uhr auf den Seiten des Bundestages gesehen werden. Sie bleibt damit für die Nachwelt verewigt. Als Kinderkommission des Deutschen Bundestages beschäftigten wir uns aktuell mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder und Jugendliche und setzen den großen Schwerpunkt auf die Lockdown-Situation im Frühjahr.

Ich weiß, Sie und Ihr wissen, dass es aktuell noch einmal eine viel größere Bedeutung bekommt. Es wird jetzt diskutiert, welche notwendigen Lehren es auch für die Politik und die Exekutive gibt und teilweise auch für die Gerichte im Umgang mit Einschränkungen und sinnvollen und zielführenden Maßnahmen, um die Pandemie einzudämmen. Wir haben uns dafür entschieden, dass wir uns mit dieser Anhörungsreihe an den Regelungsinhalten des Sozialgesetzbuchs VIII und damit am Kinder- und Jugendhilferecht orientieren. Uns geht es insbesondere darum den Blick für Kinder und Jugendliche zu schärfen, die zumindest zu Beginn der Pandemie ein Stück weit aus dem Blick gefallen sind. Jetzt werden sie umso mehr betrachtet, um Lehren zu ziehen und um am Ende mit eigenen Vorschlägen auch Stellung beziehen zu können.

Wir befassen uns heute mit dem kompletten Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung, d. h. Kindertagespflege und Kita. Wir haben als Gäste Dr. Elke Alsago von der Gewerkschaft ver.di aus der Fachstelle Bildung,

Erziehung und Betreuung in der Kindheit, eingeladen. Herzlich willkommen. Ulrike Grosse-Röthig von der Bundeselternvertretung und Heiko Krause vom Bundesverband Kindertagespflege. Ich bin auch gebeten worden, noch einmal drei Worte darüber zu verlieren, was die Kinderkommission des Deutschen Bundestages ist und welche Möglichkeiten der Kinderkommission zustehen. Es erreichen uns zunehmend Zuschriften von Menschen, die offenbar diese Videos der öffentlichen Anhörungen sehen und damit gewisse Erwartungen verbinden.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages gibt es jetzt seit gut 30 Jahren. Sie ist ein Unterausschuss des Familienausschusses. Wir haben keine gesetzgeberischen Kompetenzen. Wir werden die Bundesregierung auch nicht anweisen können, dieses und jenes zu tun, sondern wir wirken durch unsere besonderen Arbeitsmechanismen. Das heißt wir haben 1. ein besonderes Quorum. Alle Entscheidungen, die wir hier treffen und die in Form von Stellungnahmen zu aktuellen öffentlichen Auseinandersetzungen zu Kindern und Jugendlichen veröffentlicht werden, brauchen eine Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder der Kinderkommission. Diese Mehrheit muss gleichzeitig zwei Drittel der Mitglieder des Mutterausschusses repräsentieren. Das heißt wir haben hier eine besondere Mehrheit, die es so im Parlament nicht gibt. Wir haben einen rotierenden Vorsitz und wir haben aus jeder Fraktion nur ein Mitglied.

Die vielen Stellungnahmen zu allen möglichen Themen der letzten Jahre und Wahlperioden, die wir auf der Webseite der Kinderkommission veröffentlichen, strahlen aus, dass sie hier mit einer sehr großen Mehrheit, nämlich im Wesentlichen häufig einstimmig oder mit wenigen Abweichungen geschlossen worden sind. Die üblichen Auseinandersetzungen der Opposition – Koalition spielen hier nicht die erste Geige, sondern die erste Geige spielen hier – so glauben wir – die Kinder und Jugendlichen. Sie sind für uns wichtig und wir versuchen, ihre Interessen wahrzunehmen und zu vertreten.

Dann komme ich noch ganz kurz dazu, wer wir sind, weil man das auf den Schildern auch nicht so gut sieht. Zu meiner Linken sitzt Susann



Rüthrich von der SPD-Fraktion, daneben Charlotte Schneidewind-Hartnagel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, daneben Herr Huber von der Fraktion der AfD. Und auf meiner rechten Seite Matthias Seestern-Pauly von der FDP-Fraktion und Bettina Wiesmann von der CDU/CSU-Fraktion. Wir haben vereinbart, dass wir zunächst unsere drei Sachverständigen zu einem kurzen Input von ungefähr 10 Minuten zu Wort kommen lassen. Nach 9 Minuten gebe ich so ein wunderschönes Klingeln ab, d. h. dass man so langsam seine Gedanken ordnen und zu Ende bringen muss. Danach kommen wir in eine ganz normale Anhörungsrunde, wo wir Fragen, Antworten und Statements hören werden. Das Ganze wird protokolliert und ist im Livestream zu sehen. Gegen 16.30 Uhr müssen wir dann enden. Die Sachverständigen haben mir übermittelt, dass Frau Grosse-Röthig beginnt. Bitteschön, Sie haben das Wort.

Ulrike Grosse-Röthig (Bundeselternvertretung BEVKi): Vielen Dank. Die Frage, die sich die Bundeselternvertretung als erstes gestellt hat war, wo wir standen und wo wir jetzt stehen? Das heißt, wir hatten bis zum Lockdown ein System der Kindertagesbetreuung oder der Familie. Da gab es das Kind, welches von Großeltern, Vereinen und Nachmittagsangeboten von der Einrichtung und von der Kernfamilie, von den Eltern umgeben war. Ab dem 13. März hatten wir nur noch 24 Stunden am Tag die Familie. Die bestehenden Vereinbarungen zwischen dem Staat und den Eltern, dass Beruf und Familie vereinbar sind, wurden einseitig aufgekündigt. Das Recht auf Bildung wurde dem Gesundheitsschutz untergeordnet, wobei wir die verfassungsrechtliche Berechtigung gar nicht in Zweifel ziehen wollen. Dass dafür die Notwendigkeit bestand wird von der Bundeselternvertretung zu keiner Zeit infrage gestellt. Wir haben jedoch unmittelbare Folgen der flächendeckenden Schließung der Kindertageseinrichtung. Wir unterscheiden vier große Bereiche: Die elternzentrierte Sicht, die kindzentrierte Sicht, die familiensystemzentrierte Sicht und die einrichtungszentrierte Sicht.

Zunächst zur elternzentrierten Sicht. Die Eltern sahen sich plötzlich hohen wirtschaftlichen

Zwängen ausgesetzt. Einkommensverluste drohten, weil Kinder zuhause betreut und gebildet werden mussten. Die Wirklichkeit hat gezeigt, dass in vielen Familien die Notwendigkeit besteht, dass zwei Einkommen erwirtschaftet werden müssen. Es geht also nicht einfach so, dass ein Einkommen wegfällt oder ganz und gar nur ein Einkommen vorhanden ist. Das hat uns überrascht, dass das vor allem in sogenannten Mittelverdienerfamilien der Fall ist. Dort müssen ganz klassisch der Hauskredit und der Kredit für das zweite Fahrzeug bedient werden. Plötzlich bestanden da ganz akute Existenzängste. Diese sind mit fortschreitender Schließzeit stark angestiegen.

Zu Beginn war alles noch verträglich, danach wurden die Nachfragen immer drängender und es wurde immer schwieriger. Die Arbeitszeiten befanden sich in der Zeit des Lockdowns weit oberhalb jeder Belastungsgrenze. Wir unterscheiden hierbei in den sogenannten systemrelevanten Berufen, die sich im Schichtsystem befinden, also gerade im Gesundheitssystem, bei der Pflege, der Polizei usw. Hier konnten plötzlich nur noch massiv versetzte Schichten gemacht werden, weil die Einrichtung als Entlastung nicht mehr vorhanden war. In den gemischten Familien, wo ein Elternteil im systemrelevanten Beruf tätig war, blieb die Betreuung und Bildung der Kinder an nur einem in der Familie hängen. Auch das war eine ganz große Belastung für diese Familiensysteme. In den sogenannten Homeoffice-Familien, wo beide Eltern sich im Homeoffice befunden haben, mussten die Arbeitszeiten massiv aufgeteilt werden. Wir haben von ganz vielen Familien gehört, dass einer von früh um vier bis früh um acht gearbeitet hat, dann die Kinder übernommen hat und dann wieder, je nachdem wann die Kinder ins Bett gegangen sind, ab um neun oder ab acht wieder angefangen hat weiterzuarbeiten.

Bei Alleinerziehenden war die Situation massiv prekär, egal ob sie jetzt im Homeoffice waren, in systemrelevanten Berufen oder in Berufen, wo Präsenz einfach auch noch im Lockdown notwendig war. Ganz am Anfang gab es dort noch keinerlei Entlastung. In dieser Zeit haben uns ganz viele Zuschriften erreicht. Ich muss dazu sagen, dass was ich hier vortrage ist nicht studienbasiert, sondern in unendlichen E-Mails,



Telefonkontakten von allen Ebenen an die Bundeselternvertretung herangetragen wurde. Wir sind immer die Bundesebene, in der es am Ende landet. Das sind also Erfahrungen, die aus Erlebnisberichten von Eltern und Familien gespeist sind.

Ganz besonders war die kindzentrierte Sicht. Jeder weiß, dass die Kinder die sozialen Kontakte vollständig verloren haben. Die Einrichtungen und die Spielplätze waren geschlossen, da sich niemand treffen sollte. Soweit nicht Geschwister im Haushalt vorhanden waren, haben Kinder den Kontakt zu Gleichaltrigen weitestgehend verloren. Wir haben feststellen müssen, dass die Kinder den Verlust von Bezugspersonen verkraften mussten. Gerade das pädagogische Personal in Einrichtungen ist für sozial instabile Familien, egal ob das Trennungsfamilien sind oder Familien in wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen oder überhaupt sozial prekäre Familien, eine ganz wichtige Bezugsperson, die an jedem Tag der Woche vorhanden ist und dem Kind Stabilität gibt. Wir haben das in Umgangsfamilien erlebt, in denen plötzlich z. B. der Übergabeort abhandengekommen ist. Das sind wirklich so kleine Felder, in denen wir große Auswirkungen gespürt haben. Wir hatten den Verlust von Tagesstrukturen bei den Kindern, dieses „ich gehe früh in die Einrichtung, am Nachmittag werde ich abgeholt, ich treffe dort meine Freunde, habe dort tolle Angebote und ich kann dort spielen“, das war ein großer Punkt.

Was wir am Anfang nicht so auf dem Schirm hatten, was jedoch ein ganz massiver Punkt war, war der Verlust von gesunder Ernährung. Wir mussten feststellen, dass die Kinder, die bisher Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket bezogen haben, plötzlich auf die Finanzierung der Ernährung in ihren Familien angewiesen waren. Plötzlich sind diese Angebote weggefallen. Das heißt, die Familien mussten von den normalen Leistungen die Ernährung der Kinder mitfinanzieren. Das war ein ganz großes Problem. Hamburg hat in diesem Zuge ein ganz tolles Projekt eingeführt und ein Mittagessen für jedes Kind in den entsprechenden Einrichtungen ausgegeben. Wir haben auch eine ganze Reihe von Einrichtungen z.B. das DRK, die normalerweise Frühstückspakete ausgeben, das ist auch alles weggefallen. Und das musste finanziell und

strukturell durch die Familien kompensiert werden, die das unter Umständen nicht einfach leisten konnten. Dieses Hamburger Modell mit einem Mittagessen für jedes Kind, haben wir in anderen Einrichtungen unter Einhaltung von Hygienekonzepten ebenfalls versucht zu etablieren. Es ist zum Teil gelungen, aber was wir zu Beginn des Lockdowns nicht auf dem Schirm hatten und was sich mit der Länge des Lockdowns noch verschärft hat, war der massive Verlust der sprachlichen Förderung. Insbesondere in Familien mit Migrationshintergrund, in denen nur die Sprache des Herkunftslandes gesprochen wird, aber auch in Familien die bildungsfern sind hat dies sehr große Nachteile gezeigt. Wir haben auch, das muss man ganz klar sagen, den Verlust von körperlichen Hygienemaßnahmen erlebt. Zahnhygiene spielte hier eine große Rolle, da das Zähneputzen zuhause in manchen Familien einfach nicht funktioniert. Die Kinder üben in einer Einrichtung oder bei Tagespflegeeltern einfach Dinge ein, die sie dann nach Hause mitnehmen. Je länger der Lockdown andauert, desto schneller verliert sich so etwas, gerade bei kleinen Kindern.

Zur familiensystemzentrierten Sicht: Aufgrund der sozialen Überforderung haben wir ein hohes Stresslevel. Je mehr Kinder im Haushalt waren, die dann plötzlich neben dem Homeoffice oder dem systemrelevanten Berufen zuhause betreut und gebildet werden mussten, je desto mehr kam die Überforderung in den Familien zum Tragen. Im Rahmen von Homeoffice haben viele Arbeitgeber darauf tatsächlich kaum Rücksicht genommen. Viele haben das, aber es gab auch viele, die gesagt haben, dass halt trotzdem alles funktionieren muss. Nebenher noch kleine Kinder zu betreuen, ist da so eine Sache. Je kleiner die Kinder sind, desto schwieriger ist es. Wie ich vorhin schon angemerkt habe, gab es eine extreme Verlängerung der Tagesstruktur. So lange die Kinder wach sind, muss ich mich um die Kinder kümmern, davor und danach muss ich das, was im Homeoffice zu tun ist, tun. Dadurch haben sich die Tage unendlich verlängert. Das ist eine Rückmeldung, die wir tausendfach bekommen haben. Erprobte Tagesabläufe waren plötzlich nicht mehr vorhanden. Alles was in Familienstrukturen funktioniert, wir stehen früh auf, machen uns alle fertig und gehen los, war von



einem auf den anderen Moment zerschossen. Gerade kleinen Kindern war es schwierig beizubringen, dass obwohl alle zuhause sind, jetzt eben nicht das Wochenende ist, in dem wir länger schlafen können. Eine große Unsicherheit, wie es weitergehen und wann es enden wird, kam hinzu. Gerade am Anfang war völlig unklar, wie lange wir uns in dieser Situation befinden werden. Das ist gerade ganz aktuell, weil niemand weiß, wie es jetzt gerade weitergeht. Wir hatten hohe finanzielle Belastungen, dazu habe ich eben schon etwas gesagt.

Der unmittelbare Rückfall in tradierte Familienmuster hat uns sehr überrascht. Plötzlich waren massiv die Mütter wieder zuhause und wir waren überrascht, dass diese Gesellschaft das so in der Schublade hat und es sofort präsent wieder herausholen konnte. Es gab daher eine viel höhere Belastung in den Familien. Was wir inzwischen auch wissen, gab es auch eine erhöhte Gefahr von Gewalt in der Familie.

Die einrichtungszentrierte Sicht, will ich jetzt nur ganz kurz darstellen. Das Wirken aus der Einrichtung in den Sozialraum heraus war gerade z. B. mit diesen Mittagessen ganz wichtig. Nach unserer Ansicht sollte die erneute flächendeckende Schließung der Einrichtungen unbedingt vermieden werden. Die Folgen in diesen beschriebenen Sichten, die wir jetzt gerade gesehen haben, wirken einfach so zentral in die Familien, dass die Schäden, die daraus folgen, den Gesundheitsschutz massiv überwiegen.

Vorsitzender: In der Präsentation haben wir noch einiges mehr und ich glaube, dass sich einiges in der Debatte ergeben wird. Ich glaube, das war schon ein guter Einblick. Vielen Dank, Frau Grosse-Röthig. Als nächstes hat das Wort Herr Krause vom Bundesverband Kindertagespflege.

Heiko Krause (Bundesgeschäftsführer Bundesverband für Kindertagespflege e. V.): Herzlichen Dank für die Möglichkeit, Ihnen ein paar Informationen zur Situation der Kindereltern und Kindertagespflegepersonen präsentieren zu können. Vielleicht beginnen wir damit, dass es in Deutschland 45.000 Kindertagespflegepersonen gibt, die etwa 177.000 Kinder betreuen. Ich würde

gerne mit einigen Spezifika der Kindertagespflege anfangen, weil es da durchaus Abgrenzungen zur Kita gibt.

In der Kindertagespflege besteht in der Regel eine besonders enge Beziehung zu einer ganz bestimmten Kindertagespflegeperson sowohl vertraglich als auch pädagogisch. Die Kindertagespflege zeichnet sich durch eine kleine Gruppe aus. Im SGB VIII ist klar geregelt, dass lediglich fünf gleichzeitig anwesende fremde Kinder betreut werden können. D. h. wir haben eine sehr kleine Gruppe, die auch oftmals altersgemischt ist. Zum Setting der klassischen Kindertagespflege gehört eine sehr familienähnliche Struktur.

Kindertagespflegepersonen können zeitlich meist flexibel auf die Bedarfe der Eltern eingehen, weil es eben nur wenige Eltern sind, deren Kinder sie betreuen. Die überwiegende Zahl der Kinder in der Kindertagespflege ist zwischen einem und drei Jahre alt, d. h. wir reden hier über sehr junge Kinder.

Welche Auswirkungen hatte die Corona-Pandemie? Ich beginne einmal mit den Auswirkungen auf die Kinder. Ich denke, wir haben von Frau Grosse-Röthig schon einiges dazu gehört. Kinder wurden oftmals von einem auf den anderen Tag aus ihrem gewohnten Tagesablauf gerissen. Ich komme immer wieder drauf zurück, dass wir über überwiegend junge Kinder reden. Kinder erleben verunsicherte Erwachsene und kommen oftmals mit dieser Situation auch gar nicht klar, was da eigentlich passiert ist und warum plötzlich alles so anders ist? Kinder verloren von einem auf den anderen Tag den Kontakt zur Kindertagespflegeperson als einer wichtigen Bezugsperson. Und junge Kinder können eben noch nicht verstehen, was eine Pandemie bedeutet und was da überhaupt los ist. Die Kommunikation per Telefon oder Video zwischen den Kindertagespflegepersonen und Kindern ist bei sehr jungen Kindern oftmals nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich. Kinder erleben auch vermehrt autoritäres Verhalten und weniger Partizipation, Frau Grosse-Röthig hat das angesprochen. Besonders junge Kinder sind auch durch Masken verunsichert. Das kann sich auf die Bindung und Beziehung zu ihrer Kindertagespflegeperson auswirken. Masken behindern die Kommunikation und damit auch



die sprachliche Entwicklung. Die Kinder müssen die Tagespflegeperson wahrnehmen können und sie müssen sehen, was die Tagespflegeperson sagt. Das ist auch eine große Problematik. Es gibt Einschränkungen im impulsiven körperlichen Kontakt, bei dem gerade junge Kinder ihre Tagespflegeperson besonders brauchen. Es kann nicht mehr gesungen werden. Einschränkungen von morgentlichen Gesangsrunden oder so etwas sind ein großes Problem. Alle diese Dinge haben maßgeblich zur Bildung in der Kindertagespflege beigetragen.

Bei den Auswirkungen auf die Eltern würde ich mich Frau Grosse-Röthig anschließen. Oft gab es täglich neue Regelungen und Schließungen, Öffnungen, unterschiedliche Bedingungen in Nachbarkreisen, Notbetreuungen, oftmals auch keine Einbeziehung in die Kommunikationsketten, unklare Definitionen von Systemrelevanz, wer ist eigentlich systemrelevant, wer gehört dazu? In einem Land ist es so und im anderen Land ist es anders. Unsicherheit, Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes, finanzielle Ängste, fehlende Möglichkeiten der Organisation und Betreuung zuhause, Überforderung in den diversen Rollenanforderungen, Betreuung von Kindern, ggf. auch älteren Angehörigen. Es passiert plötzlich alles auf einmal, Arbeitsorganisation, Organisation der Partnerschaft und so weiter. Die Eingewöhnung von Kindern konnte sehr oft nicht stattfinden, auch das ist ein Thema.

Wie ging es den Kindertagespflegepersonen während der ersten Welle? Kindertagespfleger waren oftmals die Retter in der Not. Täglich gab es neue Regeln und damit auch unterschiedliche Bedingungen in Nachbarkreisen. Oftmals betreuen Kindertagespflegepersonen Kinder aus verschiedenen Kreisen und haben dann entsprechend unterschiedliche Regeln zu befolgen.

Notbetreuung: In einem Bundesland musste sogar gerichtlich eingeklagt werden, dass Kindertagespflegepersonen überhaupt die Notbetreuung leisten konnten. Es fehlte oftmals die Einbeziehung in die Kommunikationsketten der Gesundheitsämter, der Jugendämter etc. Unterschiedliche Landesregeln hinsichtlich Schließung und Öffnung: Es gab Bundesländer, die haben alle Kindertagespflegestellen

geschlossen, andere Bundesländer haben die Kindertagespflegestellen offen gelassen und es gab Bundesländer, die haben nur die Großtagespflegestellen geschlossen. Diese wechselnden Situationen waren für die Kindertagespflegepersonen schwierig und traten zu der sowieso schwierigen Situation hinzu. Eltern hatten Angst, ihre Kinder zu bringen und waren zuhause, um ihre Kinder selbst zu betreuen. Oftmals kamen die Kinder nicht mehr und die Tagespflegeperson hatte dann das Problem, das nur die betreuten Zeiten bezahlt wurden, obwohl sich die Eltern vertraglich verpflichtet hatten, die Kinder zu bringen. Da gab es eine große Unsicherheit vor finanziellen Einbußen. Es gab für die Weiterzahlung in den Bundesländern unterschiedliche Regelungen: Einige Bundesländer haben die Urlaubstage angerechnet und einige Kreise haben die Urlaubstage erst einmal angerechnet. Es war also ein sehr bunter Flickenteppich völlig unterschiedlicher Regelungen.

Wie sieht die Kindertagespflege heute aus? Noch immer sind viele Eltern ganz oder teilweise zuhause und betreuen ihre Kinder selbst. Das heißt, für die Kindertagespflegeperson ist es oftmals nach wie vor eine eingeschränkte Planbarkeit. Wir haben Verunsicherungen durch regionale Lockdowns, wie beispielsweise jetzt in Berchtesgaden oder in Delmenhorst, wo ganz plötzlich auch wieder Kindertagespflege und Kitas geschlossen worden sind. Wir kommen bei den Empfehlungen noch dazu, dass eines der Probleme die mangelnde Vorbereitung ist, wenn von einem Tag auf den anderen ein Lockdown kommt. Kindertagespflegepersonen können oder wollen nicht betreuen, weil sie zur Risikogruppe gehören, da sie über 60 Jahre alt sind oder Vorerkrankungen haben oder ältere Angehörige im Haushalt haben und betreuen und haben vielleicht Angst, weil sie ihre eigenen Angehörigen gefährden könnten. Diese können nicht betreuen und haben deshalb auch keine Einkünfte.

Qualifizierungskurse neuer Kindertagespflegepersonen sind ausgefallen. Es hat zwar verschiedene Onlineangebote gegeben, aber das war bei den verschiedenen Bildungsträgern sehr unterschiedlich und oftmals eben auch nur mit Verzögerung. Der



Bundesverband hat vom 18.6. bis zum 23.6. zu Corona in der Kindertagespflege eine Blitzumfrage durchgeführt. Dabei haben wir 371 Jugendämter und 106 Mitgliedsorganisationen befragt, bewusst keine Kindertagespflegepersonen, sondern insbesondere die Jugendämter. Davon haben 243, also mehr als die Hälfte der Befragten und überwiegend die Jugendämter, geantwortet. Wir haben z. B. gefragt „Bitte schätzen Sie, wie viele Kindertagespflegepersonen zu einer Risikogruppe, älter als 60 Jahre oder mit Vorerkrankungen gehören bzw. im Haushalt Familienangehörige haben, die zu einer solchen Risikogruppe gehören?“. 22 Prozent haben geschätzt, dass sie in ihrem Jugendamtsbezirk Kindertagespflegepersonen haben, die solche Vorerkrankungen haben oder älter sind. Inzwischen wissen wir von DESTATIS, dass von den vorhandenen 45.000 Kindertagespflegepersonen etwa 5.800 älter als 50 Jahre sind und zu pflegende oder ältere Haushalts- und Familienangehörige haben. Diese Situation war und ist natürlich schwierig.

Wir hatten in der Geschichte des Bundesverbandes noch nie so viele Zugriffe auf die Homepage des Bundesverbandes. Ich will das ganz kurz machen. Allein im Monat April waren es 54.000 Zugriffe auf die Homepage. Das zeigt das Interesse. Wir hatten täglich mit Eltern zu tun, die verzweifelt waren und mit Kindertagespflegepersonen, die nur den Anrufbeantworter vom Jugendamt gehört haben. Alle wussten nicht, wo sie sich hinwenden sollten. Auch die Fachberatungen sagten, dass sie keinen Kontakt zum Gesundheitsamt bekommen und auch nichts von der Landesregierung. D. h. die Kommunikationsketten waren eines der großen Probleme.

Was hat das auf die Kindertagespflege als Betreuungsform für Auswirkungen? Die Kindertagespflege könnte für Eltern aufgrund der kleinen Gruppengröße interessanter werden, weil es wirklich kleine überschaubare Gruppen sind. Daher ist es vielleicht für Eltern aus Risikogruppen besonders geeignet. Die Zahl der täglichen Elternkontakte ist bei einer Kindertagespflegestelle erheblich geringer als bei einer Kita, die vielleicht 100 Kinder und damit

200 Elternkontakte am Tag hat. Für Eltern systemrelevanter Berufe kann die Kindertagespflege besonders individuell auf deren zeitliche Bedarfe eingehen. Die wirtschaftliche Unsicherheit ist natürlich ein Thema und es wird schwieriger, neue Kindertagespflegepersonen zu gewinnen.

Welche Empfehlungen geben wir? Wir brauchen klare rechtzeitige Informationen an die Kindertagespflegestellen vonseiten der Jugendämter, die an die Kinder weitergegeben werden können. Es bedarf klarer und rechtzeitiger Kommunikationsketten, um die Kinder und auch die Eltern vorbereiten zu können. Sollte es einen zweiten Lockdown geben, brauchen wir unbürokratische, schnelle und einheitliche Regelungen für die Existenzsicherung der Kindertagespflege. Eine empfohlene Schließung führt leider nicht zu einer Zahlung nach dem Infektionsschutzgesetz, sondern es muss eine behördliche Anordnung zur Schließung sein. Kindertagespflegepersonen müssen in die Konzepte der Eltern- und Kinderkommunikation einbezogen werden. Es darf auch nicht der Kindertagespflegeperson obliegen, mit den Eltern ausdiskutieren, ob die Eltern systemrelevant sind oder nicht. Das kann nicht die Aufgabe von Kindertagespflegepersonen sein. Wir sind sehr gespannt auf die Ergebnisse der Corona-Kita-Studie vom Deutschen Jugendinstitut und vom Robert-Koch-Institut.

Letzte Folie: Seit fast einem Jahr bestimmt Corona unser Leben. Im Leben eines 3-jährigen Kindes ist das ein Drittel seines Lebens. Im Leben eines 2-jährigen Kindes die Hälfte seines Lebens. Je nachdem wie lange dieser Zustand noch andauert, wird das Auswirkungen auf die weitere Zukunft und die spätere Entwicklung der Kinder haben. Psychosoziale Folgen sind noch nicht absehbar. Ich denke, wir brauchen dringend gründliche Langzeituntersuchungen, was mit Kindern in dieser Corona-Zeit passiert ist und weiter passiert. Herzlichen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Krause. Und das Wort geht in der letzten Runde an Frau Dr. Alsago von ver.di.



Dr. Elke Alsago (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Bundesverwaltung (ver.di), Fachstelle Bildung, Erziehung und Betreuung in der Kindheit): Vielen Dank für die Möglichkeit, hier zu sprechen. Ich glaube, die Vorträge ergänzen sich ganz gut. Ich werde mich daher nicht mehr so viel auf den Lockdown beziehen, da es uns jetzt allen sehr klar ist, was da so passiert ist. Hierzu gab es von den beiden Kolleginnen und Kollegen sehr gravierende und anschauliche Ausführungen.

Ich würde meinen Vortrag in folgende Punkte gliedern: Funktionieren die Kitas? Gibt es eine Überforderung? Ich würde dann noch etwas zum Arbeits- und Gesundheitsschutz sagen und zur Marginalisierung, die wir im Augenblick sehen. Funktionieren die Kitas? Die Rückkehr zum sogenannten Regelbetrieb: Es gab im Pfälzischen Merkur eine schöne Überschrift, in der ein Amtsleiter gesagt hat, dass die Betreuung in den Einrichtungen funktioniert auch wenn in der einen oder anderen Kita nicht das komplette Personal im Einsatz ist. Wir sehen, dass überhaupt nur noch über Betreuung und Funktionieren gesprochen wird. Das halten wir wirklich für frappierend. Betreuung und Funktionieren widerspricht sich für uns mit dem Bildungs- und Erziehungsauftrag. Und es hat auf die Kinder gravierende Auswirkungen. Wir sehen, dass die pädagogischen Errungenschaften der letzten 20 Jahre in der Zeit der Pandemie eigentlich über Bord geworfen wurden. Kinder können nicht mehr über ihren eigenen Alltag bestimmen, sie können die Spielorte und Freunde nicht mehr selber wählen und sie können noch nicht einmal selbst entscheiden, wann sie essen möchten oder ob sie ihr Essen selbst auf tun möchten. Das passiert alles unter Hygieneauflagen in den Einrichtungen. Sie haben an der Planung in der Kita keine Mitsprache mehr. Und sie haben keine Möglichkeit mehr, sich vorsichtig von Mutter oder Vater loszulösen. Norbert hat das vorhin erzählt, dass man das Kind irgendwie an der Tür abgibt. Sie haben keine Möglichkeiten, ihren eigenen Interessen nachzugehen, es findet keine Projektarbeit mehr statt, sie können ihr Umfeld nicht mehr erkunden, sie haben nicht mehr die Möglichkeit, den Übergang in die Schule vorsichtig zu gestalten und die Schule vorsichtig kennenzulernen. Also eigentlich existiert all das,

was wir die letzten Jahrzehnte entwickelt haben, nicht mehr. Das heißt, wir haben Einrichtungen die funktionieren und Kinder die funktionieren. Da frage ich mich, ob wir funktionierende Kinder oder zukünftig mündige Bürgerinnen und Bürger wollen.

Funktionieren die Fachkräfte? Ja, die Fachkräfte funktionieren, klar, funktionieren sie. Trotz persönlicher Ängste, trotz mangelndem Gesundheitsschutz und trotz unklaren Regeln decken sie dieses Spannungsfeld zwischen Pädagogik und Hygienevorschriften ab. Wir haben das Problem, dass es bei der Erarbeitung neuer Konzepte wie man z. B. Familien begleiten kann, deren Kinder nicht in den Einrichtungen sind, fast keine fachliche Begleitung gegeben hat. Es war ein riesiges Problem, dass die Träger ihr Unterstützungssystem zum Teil komplett heruntergefahren haben. Die Fachberaterinnen mussten daher richtig kämpfen, um noch mit den Einrichtungen in Kontakt zu bleiben und mit ihnen Konzepte zu entwickeln. Was machen wir eigentlich mit den Eltern, deren Kinder in den Familien sind? Da war es dringend geboten, auch mit diesen Familien und Kindern weiter in Kontakt zu bleiben. Das ist zum Teil ausgeblieben und es war richtig schwierig das durchzusetzen. Es hat eigentlich nur bei den richtig großen Trägern gut geklappt, da es dort wirklich sehr stabile Unterstützungssysteme gibt. Von daher gab es wenig Unterstützung durch die Träger an dieser Stelle. Interessant ist auch, dass es für die Kolleginnen und Kollegen mit einem erhöhten Infektionsrisiko eigentlich keine Schutz- und Arbeitskonzepte gibt. Die Träger eiern auch hier ziemlich rum. Es werden sogar Kolleginnen unter Druck gesetzt indem gesagt wird: „Wenn du nicht zur Arbeit erscheinst und nicht erscheinen kannst, dann müssen wir dich halt entlassen oder du bekommst eine Krankschreibung.“ Sie sind dann über Monate krankgeschrieben und fallen aus der Lohnfortzahlung heraus, was ein riesen Problem ist. Auch hier müssen wir schauen, ob wir denn eigentlich funktionierende Fachkräfte oder reflektierte Pädagoginnen und Pädagogen wollen, die ihrer Arbeit nachgehen können. Wir sehen hier also große Probleme.

Wir haben gesehen, dass es in der Krise in einigen



Ländern Gelingensbedingungen gegeben hat, die gut geklappt haben. Zwischen den Akteurinnen wurden Aushandlungen geschaffen und es gab mit Trägervertretungen und den Vertretungen der Fachkräfte und der Eltern Runde Tische. Hier war von Anfang an klar, dass es eine finanzielle Absicherung des Kitabetriebes gibt. Das war nicht in allen Ländern klar, sondern es drohte Kurzarbeit. Bei den anderen konnten zeitliche Abläufe geplant und auch die Abläufe der Institutionen berücksichtigt werden. Das ist aber bei weitem nicht in allen Ländern der Fall gewesen. Ein positives Beispiel aus meiner Perspektive, welches mir zugetragen wurde, ist aus Rheinland-Pfalz gewesen. In anderen Ländern gab es nicht wirklich Aushandlungsprozesse, sondern eher Top-Down-Prozesse. Probleme bei den Trägern oder auch Gelingensbedingungen bei den Trägern würde ich jetzt mal positiv formulieren waren gute fachliche Strukturen und eine gute Fachberatung. Die gab es und das war eine Gelingensbedingung. Heiko Krause hat es eben gesagt, dass Kommunikation mit den öffentlichen Trägern der Jugendhilfe, transparente Kommunikation innerhalb der Trägerstrukturen, Beteiligung der Personalvertretung, Schutz der Kolleginnen mit erhöhtem Infektionsrisiko, digitale und technische Ausstattung und das Know-how wichtig waren. Wir haben gesehen, dass die Kitas eigentlich abgehängt waren und es nur bei wenigen Trägern gut geklappt hat. Die Beteiligung der Leiterinnen und Fachkräfte ist eine Gelingensbedingung und Krisenstäbe, positiv formuliert. Negativ formuliert bedeutet es, dass es das nicht wirklich überall gegeben hat und Nachbesserungsbedarf besteht. Auf der Ebene der Einrichtungen sind fachlich versierte und souveräne Kitaleiterinnen wichtig. Beim ausreichenden Fachpersonal kommen wir auf das Thema Fachkräftemangel. Auch eine Teamkultur ist wichtig, in der Platz ist und man sich erlauben kann, über Ängste und persönliche Sorgen zu sprechen. Es muss versucht werden, für die Fachkräfte individuelle Lösungen zu finden und eine gute Kommunikation mit den Eltern herzustellen. Und eben auch hier sind Krisenstäbe wichtig. Das alles sind positive Bedingungen, die es nicht überall gegeben hat.

Jetzt komme ich noch einmal auf den Punkt der Marginalisierung in der Kindertagesbetreuung

zurück. Auch hier noch einmal der Aufruf vom Städte- und Gemeindebund – alles Notwendige dafür zu tun, dass die Kindertagesbetreuung gesichert wird. Und noch einmal die Erinnerung, dass wir derzeit nicht mehr von Bildung, Erziehung und Betreuung reden, sondern nur noch von Betreuung. Das ist in unseren Augen eine komplette Marginalisierung dieses Bereiches. Ich möchte jetzt auf bestimmte Punkte eingehen, bei denen wir eine Absenkung der Standards in den Ländern sehen, welche wir sehr bedenklich finden. Die Länder sind dabei, den Fachkräftestandard stark abzusenken. Ich gebe jetzt hier zwei Beispiele, wovon das erste Berlin ist. Ich zitiere: „Zur Sicherstellung der Aufsichtspflicht“ ..., also wir reden noch nicht einmal von Betreuung, sondern nur noch von Aufsichtspflicht, „... können Eltern oder Mitglieder des erweiterten Familienkreises der Kinder derselben Kitagruppe zur Betreuung hinzugezogen werden, weitere Nichtfachkräfte, die der Gruppe oder dem Träger bekannt sind, können zur Überbrückung dringender Personalengpässe eingesetzt werden.“ Das geht hin bis zu Ehrenamtlichen. Ein anderes Beispiel ist Hessen: „Weitere Personen, die über ein aktuelles erweitertes Führungszeugnis verfügen, können eingesetzt werden.“ Das sind Standards aus den 70er Jahren, das muss man mal so sehen. Wir sehen daran, dass wir hier eine komplette Zeitreise haben. Wir haben das alles schon gehabt, bevor wir uns über Jahre mit der Qualität von Einrichtungen beschäftigt haben. Und jetzt haben wir einen Rückfall. Und das ist natürlich kein Zufall. Wir haben den Fachkräftemangel an dieser Stelle schon vorher gehabt und dass der jetzt frappierender wird, ist auch logisch. Dass die Länder dafür jetzt Maßnahmen suchen ist auch verständlich, aber wir müssen auch schauen, wie wir damit umgehen. Eine andere Absenkung ist die Gruppengröße und hier ist Baden-Württemberg ein Beispiel. Dort wird schon von einer Gruppe mit 28 Kindern gesprochen. Ein Kind erlebt 28 Kinder nicht als Gruppe, sondern ein Kind erlebt drei bis fünf Kinder als Gruppe. Auch die Fachkraft kann 28 Kinder nicht mehr als Gruppe sehen, denn das sind keine Gruppengrößen, die pädagogisch vertretbar sind. Ich habe das hier einmal zusammengestellt, wo wir Folgendes sehen, dass es in 10 Ländern inzwischen Richtlinien für die sogenannten



Ergänzungs- oder Ersatzkräfte gibt. Hier ist das mit EK durchmarkiert, was diese Ergänzungskräfte sind und wofür jetzt 10 Länder Maßnahmen geregelt haben. Nicht alle mit einer Befristung und nicht alle mit klaren und deutlichen Regelungen. Und ähnliches sehen wir bei den Gruppengrößen, die jetzt in sechs Ländern möglich sind. Die Zeitreise ist jetzt beendet, da ich jetzt auf unsere Maßnahmen kommen würde.

Es ist ganz wichtig, dass die Krisenmaßnahmen beschränkt und zeitlich befristet werden müssen. Alles was jetzt an Krisenmaßnahmen kommt muss zeitlich befristet werden und neugewonnene Ersatzkräfte, wie sie in den Regelungen genannt werden, müssen zu Fachkräften ausgebildet werden. D. h., dass es schön ist, dass sie dort arbeiten wollen, aber dann müssen wir sie auch einbeziehen können. Wir können uns eigentlich freuen, wenn wir sie gewinnen können. Das heißt aber auch, dass sie gut ausgebildet werden müssen. Die Chance können wir nutzen und dafür müssen sie gut ausgebildet werden. Standards für die gesamte Personalausstattung: Hier will ich noch einmal an die nächste Legislatur appellieren, dass das Fachkräftegebot bundesweit durchgehalten und die Personalbemessung bundesweit verbessert werden müssen. In dieser Pandemie ist uns das komplett auf die Füße gefallen. Die Arbeits- und Gesundheitsschutzstandards müssen bundesweit wirklich realisiert werden, wozu ich später noch einmal etwas sagen könnte, wenn es gewünscht ist. Wir brauchen tarifgebundene und vollzeitnahe Arbeitsverträge, die wir jetzt verhandelt haben und was Sie alle mitbekommen haben. Wir brauchen gute Arbeitsverträge, sonst gewinnen wir auch keine neuen Fachkräfte. Die Trägerqualität muss insgesamt gesteigert werden, aber das habe ich eben ausgeführt. Wir brauchen eine richtige und vernünftige Dienst- und Fachaufsicht von Pädagoginnen und Pädagogen, die wissen, worum es geht. Wir brauchen Fachberatung, gute Trägerstrukturen, eine bundesweite Offensive für sozialpädagogische Fachkräfte und nicht das Offensivchen, welches wir in dieser letzten Legislatur gesehen haben, was meines Erachtens nicht den Namen Offensive verdient hat. Und wir brauchen insgesamt eine attraktive Ausbildung, die sozialpartnerschaftlich vergütet und bundesweit realisiert wird. Vielen

Dank für Ihre Aufmerksamkeit und ich freue mich auf weitere Fragen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Dr. Alsago. Ich gucke schon einmal in die Runde, ob es erste Fragen gibt. Frau Kollegin Wiesmann.

Abg. **Bettina M. Wiesmann** (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank für Ihre Bemerkungen und die zugesandten Unterlagen, die es dann doch irgendwie leichter machen möglichst gut zu folgen. Ich habe mehrere Fragen sowohl erst einmal an Frau Dr. Alsago und dann auch an Herrn Krause. Ich darf mich sehr bei Ihnen für Ihre Ausführungen bedanken, ein paar Dinge sind dann sozusagen schon subsumiert und vielleicht habe ich in der zweiten Runde noch eine Chance. Frau Dr. Alsago, Sie haben gerade gesagt, dass es eine erhebliche Unterstützung für Familien hätte geben sollen deren Kinder im Lockdown nicht gekommen sind. Das würde mich jetzt einmal interessieren, um es genauer zu verstehen. Es ist klar, dass man im Lockdown nicht konnte, irgendwann gab es dann die Notbetreuung, dann die Systemrelevanz und allmählich ist man auch wieder hochgegangen. Aber können Sie noch einmal sagen, welche Art von Unterstützung und für welche Bedürftigkeit oder welche Bedarfe in den Familien Sie das gesehen hätten? Vielleicht auch, was dann tatsächlich möglich war, da wo es funktioniert hat. Das würde mich einfach interessieren. Nach meiner Einschätzung haben einfach an vielen Stellen die Familien übernommen. Natürlich auch nicht ohne Klagen und nicht ohne Belastung, aber da bin ich mir jetzt auch gar nicht mehr so sicher, dass die alle wirklich noch eine extra Unterstützung brauchten. Aber Sie haben das offensichtlich beobachtet.

Meine zweite Frage an Sie bezieht sich auf das was Sie zuletzt gesagt haben: Ich verstehe schon die grundsätzlichen Forderungen, dass wir im Bereich mehr Fachkräfte brauchen. Aber ich komme aus Hessen und da haben wir in den letzten 10 Jahren massiv versucht, Fachkräfte auszubauen. Es ist auch ein gutes Stück gelungen, aber es sind immer noch Wünsche offen geblieben. Wir hatten auch eine intensive Diskussion über den Fachkräftecatalog und da



waren auch viele, und ehrlich gesagt, glaube ich, auch Ihre Kollegen sehr dagegen, dass man diesen ein bisschen öffnet, z. B. das man für den Waldkindergarten auch einen Förster einsetzen kann. Das war so der Klassiker aber es gab noch andere. Und wenn Sie jetzt sagen, einerseits wollen Sie, dass der Arbeitsschutz auch in Zeiten von Pandemie, die noch nicht überwunden ist, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten bleibt, was ich teile und verstehe, und auf der anderen Seite, dass wir weiterhin von frühkindlicher Bildung reden, was ich auch möchte – da finde ich, dass Sie jetzt noch eine gute Idee liefern müssen, wie es gehen soll. Wenn man sich dann auch noch dagegen sperrt, den Fachkräftecatalog aufzumachen, natürlich mit entsprechenden Fort- und Weiterbildungen, dann ist das irgendwie die Quadratur des Kreises, und die werden wir als Politiker nicht lösen können. Ich weigere mich auch diesen Vorwurf dann anzunehmen. Sie müssten schon sagen, wo jetzt die Priorität liegt? Ich bin sehr dafür, dass wir den Fachkräftecatalog an vielen Stellen, wo wir es können und die Entscheidungskompetenzen haben, auch weiten und mit Weiterbildung begleiten. Aber man muss auch akzeptieren und diese Grundhaltung aufgeben, die uns damals vom hessischen Kinderfördergesetz, nicht nur von Ihnen, sondern der gesamten Phalanx, massiv entgegengeschlagen ist. Dazu haben Sie jetzt bestimmt eine Meinung.

Und dann hätte ich gerne noch ein paar Fragen an Herrn Krause gerichtet, wenn ich darf. Was Sie geschildert haben fand ich sehr beeindruckend. Das Thema stabile Kleingruppen hat mich im Lockdown sehr beschäftigt. Ich hätte es gerne gesehen, dass man sich frühzeitiger und an vielen Stellen auf die stabile Kleingruppe fokussiert hätte und diese nicht mit all den Unsicherheiten, die Sie beschrieben haben, gefährdet hätte. Finden Sie, dass wir heute darüber nachdenken sollten, wieder stärker auf diese stabile Kleingruppenbetreuung und frühkindliche Bildung zu setzen? Dazu würde ich gerne noch einmal Ihre Einschätzung hören. Sie haben in Ihrem Vortrag und auch jetzt gesagt, dass Sie beobachtet hätten, dass viele Kinder noch nicht in die Tagespflege zurückgekommen seien. Das wundert mich jetzt sehr, aber ich weiß es wahrscheinlich einfach nur nicht. Könnten Sie

noch einmal sagen, wo und unter welchen Umständen es das noch wirklich gibt. Vielleicht sagen die Familien: „Ach so schlecht war es im Lockdown jetzt gar nicht, wir machen das weiter.“ Aber so eine positive Einschätzung hört man ja ganz selten. Vielleicht gibt es auch andere Gründe. Was spricht jetzt dagegen, die Kinder wieder in der Tagespflege unterzubringen? Das ist mir nämlich nicht bekannt.

Vorsitzender: Ok, dann Frau Dr. Alsago und danach Herr Krause. Und dann hat sich Susann Rührich gemeldet.

Dr. Elke Alsago (Vereinte

Dienstleistungsgewerkschaft Bundesverwaltung (ver.di), Fachstelle Bildung, Erziehung und Betreuung in der Kindheit): Vielen Dank, Frau Wiesmann, für die beiden Fragen. Zur ersten Frage hatte Frau Grosse-Röthig schon eine ganze Menge gesagt. Sie hat z. B. das Hamburger Beispiel mit der Versorgung der Kinder während des Lockdowns angeführt. Was wir gesehen haben, ist, dass es wichtig war, dass die Fachkräfte aus den Einrichtungen den Kontakt zu den Eltern und zu den Kindern auch während des Lockdowns gehalten haben. Z. B. auch mal anrufen und fragen, wie es geht und ob irgendwie Unterstützung benötigt wird oder ein paar Bilderbücher vorbeigebracht werden können. Wir müssen sehen, dass es nicht alles nur Familien aus dem Bildungsbürgertum sind, sondern viele Familien, die wirklich Unterstützung brauchen und Kinder um die wir uns Sorgen machen, die gesehen werden müssen. Da haben wir gleich zu Beginn des Lockdowns gesehen, dass eine vollkommene Hilflosigkeit aufkam. Da ich früher Fachberaterin gewesen bin, habe ich mir das schon gedacht und in den ersten drei Tagen ein Flugblatt darüber geschrieben, wie es gelingen kann, den Kontakt zu den Familien zu halten. Bei uns ist noch nie ein Flugblatt so oft abgerufen worden, wie genau dieses, so ähnlich wie es Herr Krause eben ausgeführt hat. Es hat nämlich nichts dazu gegeben.

Wie geht man mit Familien um, die jetzt zuhause und in einer Notsituation sind? Es ist klar, dass jetzt nicht die Erzieherinnen in jeden Haushalt gehen können und dort betreuen können. Ich glaube aber, dass der Kontakt zu den Familien



und die Unterstützung der Familien, richtig wichtig gewesen sind und das hat meines Erachtens in der Breite überhaupt nicht stattgefunden, wie es hätte sein müssen. Das hat mir auch die Hilflosigkeit der Träger, aber auch des Fachpersonals deutlich gemacht. Jetzt noch einmal zu den Fachkräftekatalogen. Ich kenne die Diskussion aus Hessen nicht und bin auch erst seit zwei Jahren beim ver.di-Bundesvorstand. Ich kenne aber die Diskussion in Hamburg um die Öffnung der Fachkräftekataloge. Das habe ich mitverfolgt, und dort gibt es eine sogenannte Positivliste, mit der auch eine massive Öffnung stattgefunden hat. Ich glaube, dass die Öffnung der Fachkräftekataloge dort Sinn macht, wo man für Berufsgruppen öffnet, die auch einen pädagogischen Bezug haben und wo es auch ein pädagogisches Know-how gibt. Ich finde die Beispiele mit dem Förster und dem Tischler sind Ausnahmegeschichten, die schon heute in einigen Ländern möglich sind. Also zu sagen, wir haben einen Waldkindergarten und dort lassen wir den Förster zu. Das kann man mit den Landesjugendämtern diskutieren. Ich würde jedoch vor generellen Öffnungen irgendwie zurückscheuen, weil ich das pädagogische Know-how von Förstern und Tischlern aus meiner Erfahrung als sehr niedrig einstufe. Mein Sohn hat eine Tischlerlehre gemacht und seinen Tischlermeister möchte ich nicht in der Kita sehen. Mein Sohn hat öfter weinend zuhause gesessen und daher sehe ich den dafür jetzt nicht prädestiniert. Ich sage mal so, dass ich das für problematisch halte. Man muss eine kontrollierte Öffnung dieser Fachkräftekataloge hinbekommen. Es löst vor allem das Problem des Fachkräftemangels nicht, da auch nicht massiv Tischler und Förster vorhanden sind, die in diesem Bereich arbeiten wollen. Das muss man auch bedenken. Ich glaube, dass wir die Kapazitäten des Ausbildungssystems hochfahren müssen. Und ich glaube, die Öffnung der Fachkräftekataloge ist dafür nicht die Lösung.

Heiko Krause (Bundesgeschäftsführer Bundesverband für Kindertagespflege e. V.): Vielen Dank für die Frage. Einerseits ist es sicher richtig, dass bei einer kleinen Gruppe mit maximal fünf gleichzeitig anwesenden fremden Kindern die Kontakte sehr viel geringer sind. Jetzt wäre es vermessen zu sagen, die

Kindertagespflege wäre der Ersatz für die Kita. Sie alle als Politiker haben sicherlich auch dafür gesprochen, dass auch in Kitas der Betreuungsschlüssel gesenkt werden soll und kleine Gruppen in Kitas ganz wichtig sind. Die Kindertagespflege hat ein spezifisches Setting und dieses sollte auch erhalten bleiben. Wir sehen es als Bundesverband durchaus kritisch, dass es z.B. in Hamburg ein Modell gibt, wo vier Tagespflegepersonen insgesamt 20 Kinder betreuen. Das ist für uns eine Form, wo wir sagen, das ist eigentlich keine Kindertagespflege mehr. Diese kleine Struktur ist verändert aufgehoben worden und wir setzen uns sehr dafür ein, dass diese familienähnliche kleine Struktur erhalten bleibt. Insofern bietet sie Möglichkeiten, da Kinder unterschiedliche Dinge brauchen. Sie brauchen manchmal eine große Gruppe. Dass die Kindertagespflege die Kita oder so etwas ersetzt ist illusorisch und das würden wir auch nicht fordern.

Warum gibt es immer noch Eltern, die ihre Kinder nicht in die Kindertagespflege bringen? Als ich hierher gefahren bin, kamen gerade die neuen Zahlen zum Thema Kurzarbeit. Ich glaube, dass 3,3 Millionen Menschen noch in Kurzarbeit sind, ist immer noch eine hohe Zahl. Insofern gibt es viele, die ihre Kinder noch zuhause betreuen, z. B. weil sie die Elternbeiträge sparen wollen, die oftmals nicht unerheblich hoch sind. Das heißt, wir haben nach wie vor nicht wenige Eltern, die ihre Kinder gegenwärtig noch selbst betreuen. Ich hatte darauf hingewiesen, dass im Rahmen des Lockdowns keine Eingewöhnungen stattfinden konnten und zum Teil erst jetzt Eingewöhnungen möglich sind. Dadurch haben wir auch Verschiebungen gehabt. Langsam normalisiert es sich wieder. Ich hatte aber darauf hingewiesen, dass es auch nach wie vor Kindertagespflegepersonen gibt, die sagen, dass sie noch nicht betreuen können, da sie selbst eine Vorerkrankung oder einen alten Vater im Privathaus haben. Oder es gibt die, die Angst haben und sich das momentan noch nicht zutrauen. Insofern ist das sicherlich eine Situation, die nach wie vor nicht den Normalzustand in der Kindertagespflege darstellt. Wir hoffen, dass es nicht dazu kommt, dass wir wieder in eine solche Situation geraten. Mal sehen, was heute später in den Nachrichten kommt.



Vorsitzender: Dann Susann Rührich.

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Vielen Dank für Ihre eindrücklichen Schilderungen. Ich glaube, dass es unstrittig ist, dass die gesamte Gesellschaft massive Einschnitte erlebt hat. Demzufolge auch die Kinder und die Orte, an denen Kinder ihr Leben im wesentlichen Teil verbringen, nämlich in den Kitas und in den Tagespflegeeinrichtungen. Für mich oder für uns stellt sich die Frage, was wir daraus lernen und welche Einschnitte für künftige vergleichbare Situationen vermieden werden können, welche Sachen besser gemacht werden können und was wir daraus lernen, was wie wo funktioniert hat und welche Handlungsempfehlungen daraus entstehen können. Sie, Frau Dr. Alsago, hatten schon ein bisschen darauf hingewiesen, dass es durchaus Gelingensfaktoren auch im Föderalismus gibt, der häufig sehr umstritten ist. Sie haben es Flickenteppich genannt, Herr Krause. Es kann aber für das Lernen hilfreich sein, wenn man schaut, wo Dinge gut funktionieren haben und woran man sich ein Beispiel nehmen kann. Vielleicht können Sie noch einmal gucken, an welchen Stellen das der Fall ist. Mich interessiert vor allem, ob das auf individuelles Handeln oder weil besonders nette Menschen, die blickig unterwegs waren oder ob es eher strukturelle Bedingungen sind. Wir hatten das in der letzten Sitzung, beispielsweise bei den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern an den Schulen. Wenn diese im Schulgesetz stehen, was beispielsweise in Sachsen der Fall ist, dann konnten sie auch weiterarbeiten, was ansonsten nicht abgesichert ist. Es gibt daher Beispiele, bei denen strukturell gesetzlich oder anderweitig verankert ist, dass das ein Faktor ist, der hilft, solche Situationen besser bewerkstelligen zu können. Sie hatten jetzt in Ihrer Antwort auf Frau Wiesmann die Frage des Kontakthaltens erwähnt, das hatte ich mir auch aufgeschrieben. Bei Schulen haben wir es ja häufig diskutiert, dass die Lehrerinnen und Lehrer digitale Formate gemacht haben, was natürlich vor allem bei kleinen und jüngeren Kindern schwierig bis unmöglich ist. Da ist mir als Kinderpolitikerin wichtig, was mit den Kindern ist, bei denen es aus Schutzgründen wichtig ist, dass eine andere Person ein Auge darauf wirft. Können Sie hier noch einmal einen Einblick geben, was oder wie es organisiert

werden kann? Und ob es überhaupt möglich ist und gelingen kann, die handelnden Akteure dabei zu unterstützen den Schutz zu erhalten, um den Kontakt zu den Familien zu behalten, um die Kinder weiter mit Schutz und Versorgung auch abzusichern, wo es vielleicht in der Familie selbst nicht möglich ist.

Vorsitzender: Ich frage mal gleich, weil die erste Frage an alle ging – Herr Huber ist das bei Ihnen so ähnlich? Dann würde ich sagen, Herr Huber noch und dann machen wir einfach eine Runde, das sammelt sich so auf gerade.

Abg. **Johannes Huber** (AfD): Vielen Dank, Herr Müller. Ich hätte eine generelle Frage. Es verfestigt sich bei mir immer mehr der Eindruck, und das ist heute nicht die erste Anhörung, dass wir reine Symptombekämpfung machen würden. Ihren Vorträgen habe ich interessiert zugehört und die Analyse war überwiegend negativ, so dass dieser Lockdown letztendlich zu vielen Nachteilen geführt hat. Jetzt stehen wir kurz vor einem zweiten Lockdown und ich möchte Ihnen grundsätzlich die Frage stellen, ob Sie bei allen Angelegenheiten, die Kinder und Jugendliche unmittelbar betreffen einen zweiten Lockdown befürworten und dann letztendlich auch durchführen. Oder sind Sie der Auffassung, wie die CDU und SPD zwei Fraktionen, die in der Bundesregierung sind, oder wie die FDP, Linke und Grüne drei Fraktionen, die in Landesregierungen unmittelbar verantwortlich sind – übrigens alle fünf Fraktionen haben der epidemische Lage zugestimmt – dass wenn der zweite Lockdown doch kommt, was Sie in der Symptombekämpfung den regierungsverantwortlichen Fraktionen bei diesen Angelegenheiten für Kinder raten. Also was ist aus Ihrer Erfahrung heraus die Priorität Nummer 1, was Kinder und Jugendliche betrifft. Danke.

Vorsitzender: Gut, dann würde ich sagen, machen wir einfach eine Runde. Wer will beginnen? Herr Krause zuckt.



Heiko Krause (Bundesgeschäftsführer Bundesverband für Kindertagespflege e. V.): Ich fange vielleicht mit Herrn Huber an. Ich glaube, das was als letztes geschlossen werden sollte, sind Kitas, Kindertagespflegestellen und Einrichtungen für Kinder und Jugendliche. Ich habe auch den Eindruck, dass sowohl die Regierungsfractionen als auch die Oppositionsfractionen das auch so sehen. Ich habe jedenfalls nichts anderes entnehmen können. Niemand wünscht sich einen zweiten Lockdown, das ist, denke ich, völlig klar. Die Auswirkungen des ersten Lockdowns haben wir, glaube ich, alle auch beschrieben und das ist nicht vorbei, wenn die Situation sich entspannt hat. Es gibt Folgewirkungen, die wir alle bedenken und die wir jetzt auch aufarbeiten müssen. Ich glaube, was man daraus lernen kann, ist das, was Frau Rührich angemahnt und gefragt hat. Wir haben nun die Erfahrungen aus dem Frühjahr, was gut funktioniert hat und was nicht gut funktioniert hat. Es hat aus unserer Sicht funktioniert, wenn es einheitliche, klare und transparente Regelungen gegeben hat. Die wird es in unserem föderalen System auf Bundesebene so nicht geben können, denke ich, sondern die wird es auf Landesebene geben können oder ggf. auch auf Kreisebene. Aus unserer Sicht müssen sie möglichst einheitlich, nachvollziehbar und transparent sein. Sie müssen auch, was ich eingangs gesagt habe, rechtzeitig kommen, damit Kinder nicht von einem auf den anderen Tag aus ihrer gewohnten Betreuungsumgebung herausgerissen werden und Eltern nicht vor Situationen stehen, bei denen am nächsten Tag drei Kinder irgendwie betreut werden müssen und man gleichzeitig gucken muss, wie man das mit dem Arbeitgeber macht. Ganz wichtig ist Kommunikation. Da können wir inzwischen, wirklich etwas lernen. In der ersten Lockdown-Situation haben wir Erfahrungen gemacht, dass bei den Jugendämtern ein, zwei Wochen lang der Anrufbeantworter lief. Inzwischen sollten Jugendämter auf die Situation besser vorbereitet sein. Auch in der Kommunikation zwischen den Gesundheitsämtern und Jugendämtern. Es ist nicht immer nur die Schuld der Jugendämter, wenn diese keine Informationen bekommen, aber sie müssen Schnittstellen, Stäbe haben, in denen Strukturen aufgebaut werden müssen, in denen Informationen schnell vom einem zum anderen gehen. Da sind die Tagespflegepersonen und die

Eltern diejenigen, die möglichst schnell informiert werden müssen, weil sie draußen im Feld sind und mit der Situation irgendwie klarkommen müssen. Dabei sollte die Kindertagespflege immer mitbedacht werden. Wir hatten in der ersten Lockdown-Phase oftmals Verordnungen, in denen nur über Kindertageseinrichtungen gesprochen wurde, da ist Kindertagespflege in einigen Ländern einfach vergessen worden. Das wurde dann nachgearbeitet und wir sind inzwischen, glaube ich, schlauer und werden die Kindertagespflege mitbedenken. Kindertagespflegepersonen brauchen Unterstützung im Halten von Kontakten zu Eltern und Kindern, wenn es wieder zu solchen Situationen kommt. Man muss allerdings auf die Systematik der Kindertagespflege hinweisen, dass nur die betreuten Stunden bezahlt werden. Das heißt wenn gewollt ist, dass die Kontakte gehalten werden, und das ist sinnvoll, dann würde das nach dem gegenwärtigen Stand die Kindertagespflegeperson freiwillig und unentgeltlich tun. Das sollte auf Dauer nicht so sein und man sollte sich auch etwas überlegen, wie man eine entsprechende Entlohnung dazu macht. Einer der entscheidenden Faktoren, worauf wir als Bundesverband immer wieder hinweisen, ist die Rolle der Fachberatung. Wir haben in den Jugendämtern oder bei den freien Trägern viel zu wenig Fachberater*innen. Wir haben hierzu eine Befragung gemacht: Es gibt Jugendamtsbezirke, in denen sind 150 Kindertagespflegepersonen mit vier oder fünf Kindern bei einer Fachberaterin. Das ist zu wenig. Die kann noch nicht einmal die Hausbesuche einmal im Jahr machen. Das heißt, wir brauchen auch zur Verbesserung der Fachberatung einen Impuls. Es gab im Rahmen des ersten Lockdowns eine Diskussion, ob der Bund nicht die Gesundheitsämter stärken sollte. Dafür gibt es offensichtlich eine Rechtsgrundlage, dass der Bund für die Gesundheitsämter, die auch kreisliche Einrichtungen sind, etwas tun kann. Wenn er das für die Gesundheitsämter tun kann, dann könnte er das doch auch für die Jugendämter tun und hier eine Stärkung der Fachberatung einleiten, die eine ganz wichtige Funktion hat zwischen Eltern, Kindertagespflegepersonen, Kitas, Einrichtungen, freien Trägern etc. Vielen Dank.



Dr. Elke Alsago (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Bundesverwaltung (ver.di), Fachstelle Bildung, Erziehung und Betreuung in der Kindheit): Ok, dann würde ich anschließen. Auch erst zu Ihrer Frage. Meines Erachtens geht es gar nicht um Lockdown oder Nicht-Lockdown. Es geht vielmehr um viele Stufen dazwischen. Es geht darum, die Kindertageseinrichtungen auf das pandemische Geschehen in der Region abzustimmen und zu schauen, was jetzt eigentlich möglich ist. Da haben wir im Frühjahr ein paar Erfahrungen mit den Stufenplänen gesammelt. In einigen Bundesländern, z.B. in Thüringen und Bremen gibt es einen abgestimmten Plan, in dem praktisch das Inzidenzgeschehen in Bezug zu den Maßnahmen in den Einrichtungen gesetzt wird. Das gibt es leider nicht in allen Ländern. Wichtig ist, dass man wirklich schaut, wie das Pandemiegeschehen ist und was das für die Einrichtung heißt. Ein totaler Lockdown oder ein kompletter Notbetrieb wäre gerade in Bezug auf die Familien eine Katastrophe, da man auch möchte, dass die Kinder die Einrichtungen besuchen und dass die Kinder auch immer gesehen werden. Von daher ist es wichtig, dass die Länder wirklich gute Pläne entwickeln und vor Ort in den Kreisen auch abstimmen. Die Auseinandersetzung zwischen den Akteuren muss passieren. Jetzt würde ich einmal auf die Strukturen eingehen. Wir haben das in dem Prozess um das sogenannte Gute-Kita-Gesetz gesehen. Ich finde, das ist ein tolles Beispiel wie Partizipation oder Nichtpartizipation funktioniert. Es ist vollkommen willkürlich, wer beteiligt oder nicht beteiligt wird. Früher gab es in den Bundesländern mal Landesjugendhilfeausschüsse. Die haben wir aber nicht mehr überall und d. h. wir haben nicht mehr überall verbindliche Strukturen für Beteiligung. Das ist eigentlich eine Katastrophe, weil es vollkommen willkürlich ist, wer wie wo mitreden darf. Mal werden acht zugelassen und dann dürfen mal die Trägervertreter, mal die Vertreter der Kindertagespflege, mal auch vielleicht die Eltern oder die Gewerkschaften mitreden. Aber eigentlich ist es ganz willkürlich. Die gesetzlichen Grundlagen wirklich beteiligt werden zu müssen, liegen in den meisten Ländern nicht vor. Ich finde, da besteht erheblicher Nachbesserungsbedarf. Wir haben es jetzt beim Gute-Kita-Gesetz,

welches ich eigentlich gar nicht so nennen möchte, und in der Pandemie gesehen, dass eine verbindliche Beteiligung der Akteure nicht stattfindet. Das zu den Strukturen.

Zum Kontakthalten hatte ich vorhin schon einmal gesagt. Ich finde es wichtig, dass wenn es zu einem Herunterfahren der Kindertageseinrichtungen kommt, dass zu den Familien Kontakt gehalten werden muss. Wenn ich von Familien weiß, dass sich Notsituationen herauskristallisieren können, ist es wichtig, dass die Fachkräfte dort hingehen, am Fenster stehen, gucken, mal winken und klingeln und damit wirklich direkten Kontakt aufnehmen. Das haben auch viele gemacht. Ich habe von solchen Beispielen auch gehört. Es muss aber auch getan werden. Am Anfang war es schwierig, weil auch einige Träger plötzlich Kurzarbeit angemeldet haben. Die Lebenshilfe hat auch Kurzarbeit angemeldet. Es ist natürlich klar, dass eine Kollegin in Kurzarbeit nicht zu den Eltern geht und an der Tür klingelt und fragt: „Wie geht es Ihrem Kind?“ Deshalb ist die Ausfinanzierung auch während eines Notbetriebes der Einrichtung elementar wichtig. Ich glaube, das waren die drei Fragen.

Ulrike Grosse-Röthig (Bundeselternvertretung BEVKi): Ich würde zunächst erst einmal direkt daran anschließen wollen. Wir haben breit erlebt, dass die Kommunen bei den Trägern darauf gedrungen haben, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kurzarbeit zu schicken. Wir haben deutschlandweit erlebt, dass das sofort forciert wurde, um die Lagen der Kommunen auszugleichen und dort Gelder einzusparen. Wir haben auch eine ganze Reihe von Beispielen, bei denen die Erzieherinnen und Erzieher in den Sozialraum hineingewirkt haben und unter Einhaltung von Hygienemaßnahmen die Familien besucht haben. Manche Dinge wie das Mittagessen oder kleine Angebote, die in den Einrichtungen gemacht wurden, dass man sich z.B. etwas zum Spielen abholen konnte, führten dazu, dass man das Kind zu Gesicht bekam. Das Kind kommt mit seinen Eltern in die Einrichtung oder an den Zaun der Einrichtung und man kann es erleben und die Familiensituation in der Wirklichkeit erleben. Das war ganz wichtig. Dass das nicht geht, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kurzarbeit



sind, ist ganz klar. Das war ein ganz großes Problem. Wir haben zum Teil Einrichtungen erlebt, bei denen die Eltern das Mittagessen mitbestellen konnten. Das haben auch Mittelverdienerfamilien gemacht und gar nicht nur die Bildungs- und Teilhabeleute. Das haben auch Familien gemacht, bei denen beide den ganzen Tag im Homeoffice saßen und einfach das Mittagessen in der Einrichtung mitbestellt haben. Das wurde mitgenommen, war ein ordentliches Mittagessen und dort war auch wieder ein Erleben, was das Kind eigentlich jeden Tag zu sich nimmt. Darüber hinaus bekommt man die Familiensituation einfach noch einmal täglich mit, die Überforderung oder eben auch nicht. Dazu ist natürlich ganz klar eine Stärkung der Trägerstruktur nötig, dass wir völlig unterstützen. Nur starke Träger können ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so aufstellen, dass diese in den Sozialraum und in die Familien hineinwirken können und dass die das im Zweifelsfall auch aushalten können.

Ob wir einen weiteren Lockdown befürworten? Wir gehen ganz fest davon aus, dass die Politik sehr sorgfältig mit dem scharfen Schwert der Einrichtungsschließung umgeht. Wir sehen Ampelsysteme in manchen Bundesländern, mit denen auf das Pandemiegeschehen vor Ort eingegangen wird und dann in den Einrichtungen genau geschaut wird, was möglich ist und was nicht. Nach den drastischen Folgen des kompletten Lockdowns im März gehen wir fest davon aus, dass die Politik damit mit großer Sorgfalt umgeht. Vielen Dank.

Vorsitzender: Dann habe ich Charlotte Schneidewind-Hartnagel jetzt auf der Liste. Ich habe selber ein paar Fragen und Frau Wiesmann in einer zweiten Runde. Ich gucke mal ...

Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen herzlichen Dank an Sie alle für Ihre Informationen, die wir zum Teil in vielen Videokonferenzen mit Familienverbänden, Familien in der Krise, mit Erzieher*innen in der ersten Phase hatten und die natürlich genau das berichtet hatten. Viele von den Problematiken, die Sie jetzt angesprochen

haben, wurden auch an uns als Politiker*innen in den einzelnen Wahlkreisen herangetragen. Was bei mir besonders haften geblieben ist war, dass bei allen immer gesagt wurde, dass die Kommunikation ein Riesenproblem ist. Wenn wir eine gute Kommunikation hätten und wüssten, was kommt, und das gilt für alle, also für die Eltern und für die Erzieher*innen und die Jugendämter und alle Beteiligten, würden wir ja alles tun. Alle haben Freitagabends darauf gewartet, ob es von der Landesregierung noch einen Hinweis gibt, wie am Montagmorgen die Realität aussehen sollte. Alle haben dann bei mir angerufen und wollten wissen, ob ich nicht weiß, was kommt? Ich musste dann sagen, dass ich auch warte. Also wenn ich irgendetwas sehe, leite ich das sofort weiter. Das sind natürlich Fehler, die sich nicht wiederholen dürfen. Was Sie einheitlich gesagt haben ist glaube ich wichtig: Man muss schauen, dass man so eine Art Krisenstäbe oder schnelles Team zusammenrufen kann, in dem eben alle Beteiligten entweder kommunal oder auf der Landkreisebene, je nachdem welche Größenordnung man hat, an einem Tisch sitzen. Wenn sich solche Dinge wiederholen, sollten auch schon Pläne vorliegen oder was Sie geschildert haben, Handreichungen, die dann sofort ausgegeben werden können. So weiß wirklich jede und jeder, was in nächster Zeit zu tun ist und welcher Mechanismus jetzt gerade ausgelöst wird.

Ich habe an Sie alle drei noch einmal eine ganz andere Frage. Wir sind die Kinderkommission und beschäftigen uns mit den Belangen von Kindern. Angesichts der aktuellen Lage und den Dingen, die uns noch bevorstehen, würde ich gerne von Ihnen dreien wissen, wie wir den Kinderrechten gerecht werden können? Wie können wir es schaffen, dass die Hauptbetroffenen, also die Kinder selbst, gehört werden und sich artikulieren können? Wie können wir dafür sorgen, dass sie eine Stimme bekommen? Danke.

Vorsitzender: Ich möchte gleich ansetzen und ergänzen. Ich schaue mal, Frau Wiesmann, sind das noch einmal umfangreiche Fragen? Wir machen jetzt einfach einen Block und lassen noch einmal antworten. Vielleicht ergibt sich dann



noch etwas, denn wir haben scheinbar noch ein bisschen Zeit.

Auch von mir vielen Dank für die einleitenden Präsentationen, auch dass diese vorher eingereicht wurden. Das ist schon sehr ergiebig gewesen. Ich will nur eine Sache zu der Frage Systemrelevanz hinzufügen. Auch die Legislative war im März/April bis in den Mai hinein nicht systemrelevant. Erst der Bundestagspräsident hat die Ministerpräsidenten darauf hingewiesen, dass die Legislative übrigens nicht *nice to have* ist, sondern die Arbeitsfähigkeit gewährleistet sein muss. Erst danach hat es in einigen Ländern eine Einstufung von Abgeordneten als systemrelevante Berufe oder wie auch immer gegeben. Z. B. in Bayern hat der Ministerpräsident die Landkreise aufgefordert, wenigstens darauf hinzuwirken, dass für die Zeit der Sitzungswochen im Bundestag eine Betreuung gewährleistet wird. Das ist noch nicht einmal Vorbetreuung, sondern so eine Art Babysitting in der Herkunftseinrichtung für die Sitzungswochen. Wir kennen das also ganz gut. Auch wenn wir natürlich jetzt nicht von Kurzarbeit und Verarmung betroffen sind. Also Homeoffice und Abgeordnetendasein kennen viele von uns aus ganz live.

Ich hätte eine direkte Frage an Herrn Krause, danach Frau Wiesmann. Mich würde interessieren, da wir diese Debatte schon öfter gehabt haben, was es für die finanzielle Absicherung der Tagespflegepersonen bedeutet, die selbstständig sind, was ich zunehmend für eine gewisse Scheinselbstständigkeit halte, die man jetzt ganz deutlich merkt. Also wenn man weiß, man wird nach Tagessätzen bezahlt, aber Freitag, Montag die Pflegestelle zu bleibt, d. h. kein Kind kommt – was heißt das eigentlich für einen selbst, da Versicherungen, Krankenversicherung, möglicherweise Mieten etc. weiterlaufen? Wie ist das abgesichert? Was ist Ihre Einschätzung, wie viele von den 45.000 Tagespflegepersonen, die Zahlen schwanken immer ein bisschen, dauerhaft ausgedrängt sind und das Berufsfeld verlassen, weil sie das wirtschaftlich einfach gar nicht durchgehalten haben oder nicht hinreichend abgesichert waren und nicht wieder aufnehmen können oder aus anderen Gründen. Das würde mich noch interessieren.

Abg. **Bettina M. Wiesmann** (CDU/CSU): Ich kann vielleicht noch ein ergänzendes Statement anschließen, damit Sie es auch von allen gehört haben und auch die, die sich jetzt zugeschaltet haben oder das morgen abrufen werden. Es ist tatsächlich so, dass wir nicht in derselben Situation sind wie vor dem ersten Lockdown. Wir haben Erfahrungen gesammelt und es ist uns auch noch einmal in der Breite ganz besonders bewusst geworden, und das gilt auch für meine Fraktion und nicht nur für die bewährten Kinderpolitiker an der Stelle, dass es wichtig ist, dass wir das soziale Umfeld und die Bildungschancen, um einmal zwei Aspekte aus der Sicht der Kinder zu nehmen, auf gar keinen Fall aus dem Auge verlieren. Um die epidemiologische Lage zu beherrschen, sollten erst andere Einsätze herangezogen werden, so dass ein vergleichbarer Lockdown, der auch die Einrichtung zur Kinderbetreuung und frühkindlichen Bildung und die Schulen erfassen würde in keinster Weise leichtfertig herangezogen wird. Ich will aber auch nicht ausschließen, dass wir vielleicht noch in neue Situationen kommen, die wir nicht absehen können, aber es wird alles dafür unternommen, dass das jetzt nicht passiert.

Aber jetzt habe ich noch meine Frage, die sich an Frau Grosse-Röthig und noch einmal an Frau Dr. Alsago richtet. Ich bin sehr auf Ihrer Seite und überzeugt davon, dass diese aufsuchenden Maßnahmen in dem harten Lockdown tatsächlich sehr wichtig waren und noch besser und umfangreicher hätten umgesetzt werden können. Um sich auf eventuelle, sagen wir mal, nicht so harte, aber doch eventuelle Notwendigkeiten für die weitere Zukunft einstellen zu können, haben Sie auch gesagt, dass man besser kommunizieren sollte, was ich auch verstehe. Können Sie mir abschließend noch einmal dazu eine Einschätzung geben, wie hoch ganz grob der Anteil der Familien ist, wo Sie sagen, da wäre es wirklich notwendig gewesen, nicht nur schön vorbeizuschauen und zu sagen, ok, ich habe mich überzeugt, hier ist alles im Lot. Mir ist völlig klar, dass die Kindertageseinrichtungen ihre Familien gut kennen und Sie bei manchen auch gar nicht versucht haben, vorbei zu schauen, weil Sie wahrscheinlich sehr klar gewusst haben, dass das dort nicht unbedingt notwendig ist. Aber wie hoch schätzen Sie den Anteil, wo man es auf



jeden Fall gerne gemacht hätte, wenn man gekonnt hätte? Mir reicht wirklich eine grobe Zahl und mir ist auch sehr klar, dass das nur ein Näherungswert sein kann. Das würde mich interessieren. Denn würde man für so eine Notsituation Strukturen etablieren wollen, um gerüstet zu sein, dann müsste man auch irgendwie ein Mengengerüst haben.

Vorsitzender: Ok, ich würde sagen, dass wir bei den Fragen es genau andersherum machen und Frau Grosse-Röthig beginnen lassen, wenn das in Ordnung ist.

Ulrike Grosse-Röthig (Bundeselternvertretung BEVKi): Zunächst zu der Frage, wie Kinder eine Stimme bekommen können. Wir brauchen auf allen politischen Ebenen, von der Kommune über den Kreis strukturierte und strukturelle Beteiligungsformen von Eltern, die aus den Familien, dem täglichen Erleben und den Erfahrungen mit den Einrichtungen, mit den Kindern mitreden können, und zwar darüber, was jetzt passiert und was jetzt aktuell vor Ort notwendig ist. Ohne strukturelle Beteiligungsformen werden wir nicht weiterkommen. Wir haben gesehen, dass es auch auf Bundesebene eine große Schwierigkeit war, dass das Bundesfamilienministerium zunächst nicht im Corona-Kabinett vertreten war und dass auch Familien erst sehr spät im Rahmen des ganzen Lockdowns und Pandemiegeschehens in den Blick genommen wurden. Es hat eine Weile gedauert und hat bei den Familien zu großer Unzufriedenheit geführt, dass zu Beginn zunächst ausschließlich nach der Wirtschaft geschaut wurde. Erst dann wurde klar, was das eigentlich mit den Menschen anrichtet. Zu der Frage wie hoch der Anteil ist haben wir natürlich keine evidenzbasierten Daten. Vom Gefühl her würde ich sagen, dass bei uns 100 Prozent der Familien landen, die ganz große Not haben. Das möchte ich auch noch einmal sagen, dass das für unsere Ehrenamtler auf allen Ebenen ein ganz großes Problem war. Wir haben keine supervisorischen Möglichkeiten, als bei den Elternvertretern Not ankam, die kaum in der Lage waren diese zu bewältigen. Es sind wirtschaftliche Notsituationen und soziale Notsituationen geschildert worden, die dies kaum bewältigen konnten – das war ein

ganz großes Problem.

Ich würde jetzt etwa ein Drittel der Familien schätzen, die schon einmal in den Blick hätten genommen werden können. Ich meine dabei aber nicht nur wirtschaftlich schwache Familien, sondern auch Familien, in denen beide im Homeoffice waren und dadurch Überforderung erfahren haben. Wie wir es immer gesagt haben sind es nicht nur Familien, die nicht unterstützen können, weil sie bildungsfern sind oder sie schwierige soziale Strukturen oder einen Migrationshintergrund haben, sondern auch Familien, die unterstützen könnten, weil sie die Ressourcen haben aber die zeitlichen Ressourcen nicht, um für ihre Kinder da zu sein, weil sie im Homeoffice sind oder systemrelevant arbeiten usw. Ich würde daher ungefähr ein Drittel der Familien schätzen, die durchaus die eine oder andere Unterstützungsform gebraucht hätten.

Dr. Elke Alsago (Vereinte

Dienstleistungsgewerkschaft Bundesverwaltung (ver.di), Fachstelle Bildung, Erziehung und Betreuung in der Kindheit): Dann schließe ich mich mal an, auch erst einmal zu der Form der Beteiligung von Kindern. Ich sehe das ähnlich wie Frau Grosse-Röthig. Wir müssen erst einmal gucken, dass wir die Eltern gut beteiligen und dann darüber auch die Kinder erreichen. Wir haben tatsächlich Bundesländer, die haben noch nicht einmal eine Elternvertretung. In Bayern gibt es z. B. keine verfasste Elternvertretung. Das ist erstaunlich in der heutigen Zeit, aber es ist so. Man fragt sich, ob man das vielleicht nicht bewusst macht, weil man sie gar nicht erst hören möchte. Es wäre wichtig, dass wir auf allen Ebenen angefangen in der Kommune, über den Kreis, über das Land und im Bund eine strukturell festgelegte Elternbeteiligung haben. Auch im Bund haben wir das Problem, dass nicht wirklich ein Apparat für die Elternvertretung vorgehalten werden kann. Die müssen irgendwie alles selber machen, ehrenamtlich und werden nicht von einem Büro oder so unterstützt, sondern müssen das alles selber wuppen, das ist ja fatal. Da brauchen wir wirklich eine strukturierte Elternmitwirkung, das ist ganz wichtig. Dann können wir auch eher eine Perspektive auf die Kinder lenken. Die Kinder in so einer Krisensituation zu erreichen, ist natürlich schwierig. Es hat einige Befragungen von der Uni



Stendal mit Kindern auch im Notbetrieb gegeben– meine Aussagen vorhin bezogen sich ein bisschen darauf –. Die wurde mir gestern vorgestellt und die Ergebnisse decken sich mit meiner Folie. Ich könnte noch einmal den Link mitschicken. Das war eher Zufall, deshalb steht die Literatur hier nicht drauf, aber das ist eine ähnliche Wahrnehmung gewesen. Solche Möglichkeiten der qualitativen Befragung von Kindern bieten sich natürlich an und ich finde, die sollte die Politik auch nutzen. Über qualitative Befragungen von Kindern kann man gut darstellen wie es den Kindern auch in den Einrichtungen geht. Jetzt noch einmal zum Thema Systemrelevanz. Es war auch erstaunlich, dass Erzieher*innen auch nicht systemrelevant waren. Sie sollten zum einen den Notbetrieb aufrechterhalten, waren aber selber nicht systemrelevant, das war auch sehr merkwürdig. Und jetzt noch einmal ...aufsuchende ...

Abg. **Bettina M. Wiesmann** (CDU/CSU): Für die aufsuchende Arbeit in dem Moment, wo der Lockdown war, ob man da einen Näherungswert geben kann, wie viele das gebraucht hätten.

Dr. Elke Alsago (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Bundesverwaltung (ver.di), Fachstelle Bildung, Erziehung und Betreuung in der Kindheit): Ich kann Ihnen sagen, dass ich in meiner beruflichen Laufbahn Kita-Leiterin in vier verschiedenen Kitas war. Ich würde das je nach Sozialraum sehr unterschiedlich einschätzen. Von daher ist, glaube ich, so eine pauschale Antwort auf diese Frage sehr schwierig. Kennen Sie Mümmelmannsberg in Hamburg? Das ist so eine Trabantenstadt, wo ich sagen würde, dass 80 Prozent der Familien das gebraucht hätten. Dann gibt es andere Bezirke, wo ich denke, dass sich das bei 30 Prozent einpendeln würde. Ich würde aber schon sagen, dass in so einer Phase ein Drittel der Familien die direkte Anbindung an die Einrichtung bräuchten.

Heiko Krause (Bundesgeschäftsführer Bundesverband für Kindertagespflege e. V.): Vielen Dank für die Fragen. Ich fange mal mit Frau Abg. Schneidewind-Hartnagel an und würde Sie da heftig in der Bedeutung der

Kommunikation unterstützen. Was ist denn in der Praxis passiert? Eltern oder Kindertagespflegepersonen haben sich z. B. per WhatsApp-Gruppe zusammengeschlossen, das ist nichts Neues. Es ist völlig klar, dass es natürlich datenschutzrechtliche Bedenken gibt. Aber die Zeit sollte genutzt werden, um solche Kommunikationsinstrumente datenschutzrechtlich konform zu entwickeln, um in der Krise und ähnlichen Situationen mit den Eltern und den Kindertagespflegepersonen schnell Kontakt aufnehmen zu können. Jetzt wäre die Zeit, so etwas zu entwickeln. Es können immer mal wieder auch andere Situationen kommen. In einer Kita, einer Tagespflegestelle gibt es plötzlich Läuse oder eine andere Krankheit bricht aus, das muss gar nichts mit Corona zu tun haben. Die Menschen wählen schnelle Kommunikationswege und sie brauchen ein Angebot, was auch datenschutzrechtlich vernünftig abgesichert ist. Ich fände es gut, wenn die Kinderkommission ihre Stimme stärker erheben würde. Ich freue mich, dass dieses Thema heute hier so eine Rolle spielt und es wäre schön, wenn das im Konsens der Fraktionen einmal deutlich gesagt würde, welche Bedeutung das eben hat. Wir hören eine ganze Menge über andere wichtige systemrelevante Bereiche, die alle ihre Berechtigung haben, aber die Bedeutung der Kinder, der Eltern, der Situation könnte durchaus noch stärker in den Fokus gerückt werden. Wenn das nicht passiert wird es Langzeitfolgen haben, falls es zu einem zweiten Lockdown kommt. Ich glaube, darauf hatten wir alle hingewiesen. Alle Bundesländer haben in ihren Bildungsplänen umfangreiche Ziele festgelegt. Bildung, Erziehung, Betreuung, da spielt auch Partizipation von Kindern eine immer stärkere Rolle. Das darf jetzt nicht wieder hinten runter fallen. Das haben wir uns mühsam erkämpft und das haben Sie in den verschiedenen Fraktionen und in den verschiedenen Regierungen mühsam erkämpft. Das ist etwas, was wir erhalten sollten, da es für Kinder langfristig ein Erfahrungswert ist. Habe ich eine Möglichkeit gehabt, hier etwas mitzubestimmen, mitzureden, ist mir etwas erklärt worden oder bin ich von einem auf den anderen Tag fremdbestimmt worden und aus meiner Einrichtung, aus meiner Tagespflegestelle herausgerissen worden? Habe ich nunmehr keinen Kontakt zu meiner Erzieherin und zu meiner Tagesmutter? Das was in den Bildungsplänen zurecht drinsteht ist auch ernst



zu nehmen und ein ganz wichtiger Punkt, glaube ich.

Letzter Punkt: Ich glaube, wir brauchen ein neues Finanzierungsmodell der Kindertagespflege. Wir als Bundesverband haben schon seit zwei Jahren ein Modell entwickelt, das eine Fachleistungsstunde vorsieht. Es würde jetzt zu weit führen, das im Einzelnen zu erklären. Denn Norbert Müller hat völlig recht, dass man als Kindertagespflegeperson so ein bisschen in der Situation ist, das Schlechteste aus beiden Welten zu haben. Nicht wirklich selbstständig zu sein und im Gegensatz zu anderen Selbstständigen nicht bestimmen zu können, wie hoch die Bezahlung sein soll, denn das legt die kommunale Satzung fest. Umgekehrt eben auch nicht die soziale Sicherheit zu haben, die im Angestelltenverhältnis in der Regel herrscht. Also man hat eine hybride Situation, wir sprechen ja heute viel von hybriden Situationen. So etwas wie eine Fachleistungsstunde, wäre, glaube ich, eine sinnvolle Sache. Einige Bundesländer haben jetzt angefangen z. B. auch die mittelbare Arbeit in ihren Landesgesetzen zu vergüten. Also die Zeit, in der die Tagespflegeperson nicht direkt die Kinder betreut, sondern einkauft, dokumentiert, mit Eltern Gespräche führt, also alles was wir immer einfordern, zu nutzen und zu tun. Das sollte irgendwann auch einmal bezahlt werden. Insofern plädieren wir dafür, dass hier ein neues Finanzierungsmodell entwickelt wird und wir wären sehr froh, wenn es dazu Impulse gebe. Vielen Dank.

Vorsitzender: Ich sehe jetzt in der Runde nichts mehr. Ich hätte dann noch eine Frage an alle drei, die Sie vielleicht kurz beantworten können. Es sind jetzt einige Monate vergangen, auch an Erfahrungen, und es gab die Kritik in den ersten Anhörungen, dass im ganzen pandemischen Geschehen Betroffene zu wenig gehört werden, was wir hier versuchen so ein bisschen zu kompensieren. Jetzt ist die Legislative in vielen Fragen außen vor. Wir haben viele Entscheidungen, die wir exekutiv, sehr schnell und für uns nicht immer vollständig nachvollziehbar in Abläufen zwischen Bund-Ländern, teilweise auf kommunaler Ebene, getroffen haben. Ist denn Ihr Eindruck, dass es eine bessere Einbeziehung von Ihnen und Ihren

Verbänden, Ihrer Fachlichkeit, von Elternvertretungen, von Beschäftigtenvertretungen, von Berufsverbänden gibt oder sind wir da nicht viel weiter gekommen? Das würde mich noch einmal interessieren.

Ulrike Grosse-Röthig (Bundeselternvertretung BEVKi): Wir sehen zaghafte Schritte vorwärts. Gerade auf kommunaler Ebene tun sich ganz viele noch schwer. Wir haben eben schon gehört, dass manche Bundesländer gar keine verfasste Elternvertretung haben und dadurch kann nur ganz schwer eine Einbeziehung in irgendwelche Maßnahmen erfolgen. Ohne dass wir Strukturen schaffen, wird das auch schwer werden. Aber wir sehen ganz auf allen Ebenen zaghafte Schritte der höheren Beteiligung, die bei weitem noch nicht ausreichen, das muss ich ganz klar feststellen.

Dr. Elke Alsago (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Bundesverwaltung (ver.di), Fachstelle Bildung, Erziehung und Betreuung in der Kindheit): Ich würde mich dem anschließen und sehe das genauso. Zumal die Beteiligung in dieser Pandemie auf Ebene des Bundes im Corona-Kita-Rat erfolgt. Wir können da nicht wirklich etwas auf den Weg bringen, da es in den Ländern entschieden wird. Wir können irgendwie eine Stimme erheben, aber da muss man mal ehrlich sagen, die Stimme, die es da gibt, die wird dann in der Pressemitteilung ordentlich geglättet. Selbst wenn man mal etwas sagt oder kritisch nachfragt, ist das nicht so, dass sich das nach außen transportiert. Von daher würde ich sagen, da ist in Bezug auf die Beteiligung noch viel Luft nach oben

Heiko Krause (Bundesgeschäftsführer Bundesverband für Kindertagespflege e. V.): Ich denke, dass auf Bundesebene einiges getan worden ist. Elke Alsago hat den Corona-Kita-Rat erwähnt. Das ist sicherlich auch ein Thema, das immer wieder in den Parlamenten stärker diskutiert werden müsste. Ich würde mir wünschen, dass wenn das ganze Thema Corona halbwegs abgeräumt ist, nicht dann plötzlich wieder Schluss ist, sondern dass es weitergeht. Wir sind nicht am Ende dieser Diskussion. Wir haben längere Auswirkungen auf die Kinder und auf unsere Gesellschaftsstrukturen. D. h. der



Diskussion muss eigentlich eine Post-Corona-Diskussion folgen, bei der alle Ebenen diskutieren müssen. Dazu gehören natürlich die betroffenen Eltern, Kinder, Berufsverbände etc. Ich bin sehr froh, dass z. B. in der aktuellen SGB VIII-Reformdebatte eine Möglichkeit geschaffen wird, dass z. B. Zusammenschlüsse, es könnten auch Zusammenschlüsse von Kindertagespflegepersonen sein, in den Jugendhilfeausschüssen mitwirken sollen. Dort ist jetzt eine Sollbestimmung enthalten. Es ist wichtig, dass in den kommunalen kreislichen Ebenen auch die Betroffenen und die einzelnen Zusammenschlüsse und Gremien stärker mitwirken, denn letztendlich werden die Entscheidungen für Eltern und Kinder auch auf der kommunalen und kreislichen Ebene gefasst. Der Bund hat natürlich eine andere Struktur und eine andere Aufgabe der Rahmensetzung. Das was die Eltern, Kinder, Tagespflegepersonen, Erzieher*innen wirklich spüren, sind die

Entscheidungen, die auf Kreis- oder kommunaler Ebene getroffen werden. Wenn andere wichtige Themen wieder eine Rolle spielen, sollte das Thema, was wir heute diskutieren, nicht plötzlich wieder hinten herunterfallen. Das wäre ein wichtiger Appell, dass wir das wirklich auch über eine längere Zeit einmal diskutieren.

Vorsitzender: Gut, vielen Dank. Ich glaube, das war sehr ergiebig. Vielen Dank an Ihr Kommen an unsere drei Sachverständigen für den heutigen Tag. Ich beende die öffentliche Anhörung, schließe die heutige Sitzung. Wir sehen uns hoffentlich in diesem Rahmen in der nächsten Woche am 4. November wieder, vielleicht auch in absehbarer Zeit mehr hybrid. Wir prüfen jedenfalls gerade, was die beschränkten technischen Möglichkeiten des Bundestages uns nach einigen Monaten an neuen Zugängen ermöglichen. Vielen Dank.

Schluss der Sitzung: 16.26 Uhr

Norbert Müller (Potsdam), MdB
Vorsitzender